Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 2,25 M., ins Haus geliefert 2,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 2,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 10 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 50 Pf. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr v. Orm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 12. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | **Namslau, Donnerstag, den 30. Januar.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1919.**

Warum der Waffenstillstand verlängert werden mußte.

Wtb. Berlin, 27. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel: „Warum der Waffenstillstand verlängert werden mußte." Der Verfasser weist nach, daß mit Rücksicht auf die von Foch absichtlich zur Verfügung gestellte kurze Zeitspanne im Falle der Nichtannahme der Verbandsvorschläge mit einer sofortigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu rechnen war. Bei dem eisernen Willen Fochs, bei dem jetzischen Zustand namentlich der französischen Armee und des französischen Volkes könne an dem Ernst nicht gezweifelt werden, mit dem das Oberkommando der Verbündeten den Einmarsch in das Herz Deutschlands vorbereitet habe.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten hätte zur Folge: Das gesamte in Deutschland besetzte Gebiet würde feindliches Land werden, also rechtlos sein und ohne jeden Verwaltungszusammenhang mit dem Deutschen Reiche. Das linksrheinische Gebiet wäre endgültig für Deutschland verloren. Auch das rechtsrheinische Kohlenbecken wäre der deutschen Wirtschaft entzogen. Sein Verlust bedeutete bei den bedauerlich tief gesunkenen Förderungsziffern im oberschlesischen Kohlengebiet den Todesstoß für die gesamte deutsche Wirtschaft. Jede Hoffnung, von dem Verbande Lebensmittel zu erhalten, wäre mit einem Schlage vernichtet. Anstatt der Rückgabe unserer Kriegsgefangenen müßten wir uns auf die Verschleppung der gesamten wehrpflichtigen Bevölkerung gefaßt machen. Deutschland als kriegerisches Operationsgebiet wäre allen Verwüstungen des modernen Feldzuges ausgesetzt, die Zivilbevölkerung ein wehrloses Opfer der Kolonialtruppen des Verbandes. Nach kurzer Zeit müßte ein neuer Waffenstillstand abgeschlossen werden, im Vergleich zu dessen furchtbaren wirtschaftlichen und politischen Bedingungen das jetzige Waffenstillstandsabkommen noch erträglich sei. Weltfremde Illusionisten seien diejenigen, welche vom Einmarsch des Verbandes in Deutschland ein Uebergreifen des Bolschewismus auf die Verbandsheere erhofften. Dem steht das Wort Fochs gegenüber: „Ein siegreiches Volk macht keine Revolution!" Die Erfahrung bekräftigt die Wahrheit dieses Wortes.

Aus allen diesen Gründen konnten die deutschen Vertreter in Trier, wenn sie ihre vaterländische Pflicht erfüllen wollten, nichts anderes tun, als über die von Foch gestellten Bedingungen verhandeln. Wer die Verhandlungsberichte gelesen hat, muß überzeugt sein, daß die deutschen Vertreter nicht stumm vor den Bedingungen des Siegers zurückgewichen sind. Sie haben um jeden einzelnen Artikel des Verlängerungsabkommens gekämpft. Und es ist ihnen gelungen, auch unter den schwierigsten Umständen, eine Reihe von Forderungen der Verbündeten abzuschwächen. Statt der Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen vor dem 1. März wurde die Ablieferung zum 1. Juni durchgesetzt, und zwar im Prinzip. Sollte also die auserlegte Lieferungszahl oder das Datum nicht genau innegehalten werden können, so dürfen daraus dem deutschen Volke vom Verbande keine Strafen aufgezwungen werden.

Wenn die Vertreter Deutschlands ihr Vaterland dem Hungertode entreißen wollten, so mußten sie die für die Lebensmittel auferlegten Bedingungen annehmen. Bei dem niederen Stande des Weltschiffsraumes kann die Welt nur dann mit Lebensmitteln versorgt werden, wenn die Handelsflotten aller Völker sich zu einer Schiffahrtsgemeinschaft vereinigen. In diese Weltorganisation haben die deutschen Delegierten durch ihre grundsätzliche Zustimmung auch die gesamte deutsche Handelsflotte eintreten lassen. Die Schiffe bleiben Eigentum des Deutschen Reiches, die Frachten werden bezahlt, der ganze Vertrag gilt nur während des Waffenstillstandes, die deutschen Mannschaften bleiben auf den Schiffen und nur im Falle von Unzuträglichkeiten, namentlich im Falle des Ausbruchs bolschewistischer Unruhen, haben die Verbündeten das Recht, die Mannschaft durch eigene Leute zu ersetzen.

Die Waffenstillstandskommission hatte, als ihre Mitglieder zu dem schweren Amte ernannt wurden, einen vorgezeichneten Weg vorgefunden. Verantwortlich für die Umstände, unter denen wir das erste Waffenstillstandsangebot ergehen lassen mußten, ist nicht sie, welche von der Volksregierung gebildet wurde, als es sich darum handelte, in einem militärisch und politisch verzweifelten Augenblick den Ausweg aus dem Irrsal zu finden. War die Losung nun einmal „Frieden", und war die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang endgültig begraben, so mußte der Waffenstillstand erzwungen, bezw. verlängert werden. Deshalb mußten die deutschen Delegierten die gegebenen Bedingungen im Raume des Möglichen herabmildern und wo dies nicht möglich war, wie bei der englischen U-Bootforderung, schärfste Verwahrung einlegen. Das aber haben die deutschen Delegierten mit Erfolg getan. Noch mehr: Marschall Foch hat die übertriebenen Forderungen des französischen Finanzabkommens nicht decken können, und er hat auch versprochen, sich für die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen und für die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs mit dem besetzten Gebiet bei den verbündeten Regierungen einzusetzen.

Alles das sind zwar keine diplomatischen Siege. Für ein Land, das kein Heer mehr besitzt, gibt es keinen diplomatischen Sieg mehr. Aber die Politik ist die Kunst des Möglichen. Und was möglich war, haben unsere Delegierten erreicht.

Zunahme der Plünderungen in Berlin.

Die Sicherheitsverhältnisse in Berlin werden nach der „B. Z. am Mittag" immer trostloser. Keine Nacht, in der nicht, besonders im Zentrum Berlins, ein paar Läden ausgeplündert werden, in der nicht bewaffnete Räuberbanden, meist in Uniform, in Privatwohnungen eindringen und die Bewohner, denen sie die Revolver vorhalten, ausplündern. Das Räubergesindel wird immer frecher, wagt es sogar, ganze Straßen abzusperren, damit ihre „Kameraden" in dieser Straße ungestört und ungehindert „arbeiten" können, und die Werte, die in Groß-Berlin geraubt werden, gehen an manchen Tagen in die Hunderttausende. Charakteristisch ist ein Fall, der sich vor einigen Tagen ereignet hat. Räuber in Matrosenuniform hatten ein Pelzwarengeschäft ausgeplündert und waren gerade dabei, auf einem Automobil den Raub wegzuschaffen, als zwei Zivilisten des Weges kamen. Die Matrosen dachten offenbar, daß zu den Pelzen im Werte von 100000 M auch noch etwas Bargeld mitgenommen werden könnte, nahmen die beiden Zivilisten auf das Automobil — übrigens ein militärisches Lastauto — hinauf und plünderten sie oben aus. Inzwischen hatten Bewohner Soldaten der Sicherheitswehr von dem Raubüberfall verständigt. Die Soldaten kamen im Laufschritt herbei, und was geschah? Die Matrosen, die den Braten gerochen hatten, fragten die Soldaten der Sicherheitswehr: „Ihr sucht die Pelzwarendiebe? Hier sind sie, Ihr könnt sie gleich mitnehmen!", übergaben die beiden ausgeplünderten Zivilisten der Sicherheitswehr und fuhren mit den Pelzen für 100000 M davon.

Der Geburtstag des Kaisers.

WTB. Berlin, 27. Januar. Die Geburtstagsadresse für Kaiser Wilhelm II., die der „Reichsbote" in Berlin ausgelegt hat, hat in wenigen Tagen 132000 Unterschriften von deutschen Männern und Frauen aus allen Berufsständen und allen deutschen Gauen gefunden. Die Frist zur Einsendung weiterer Unterschriften ist bis zum 31. Januar verlängert worden. Der Wortlaut der Huldigungskundgebung wurde heute dem Kaiser telegraphisch übermittelt.

Gegen die Abreißung deutschen Landes.

Wtb. Berlin, 27. Januar. Die Proteste gegen die Abtrennung deutscher Landstriche vom Reich unter Ueberschreitung des Wilsonschen Programms häufen sich bei der Regierung derart, daß jede Einzelbeantwortung unmöglich wird. Die Organisationen sämtlicher Parteien, städtische, staatliche und lokale Verbände, Adressen ganzer Kreise mit Einzelunterschriften aller Einwohner und Eingaben der Arbeiter- und Soldatenräte machen sich alle zum Träger des Einspruchs gegen eine Vorwegnahme der Beschlüsse des Friedenskongresses und eine Schaffung vorzeitiger Tatsachen, besonders durch die Polen. Selbst von den preußischen Ostseehäfen kommen Proteste gegen willkürliche Beschränkungen ihres Hinterlandes durch reichszerstörende Einfälle. Die Reichsregierung erklärt nochmals, daß sie nach wie vor an ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu den Wilsonschen Programmpunkten festhält, daß sie aber auch deren Verwirklichung dem Friedenskongreß vorbehalten sehen will und infolgedessen gegen eine Vorwegnahme der Entscheidungen dieses Kongresses oder gar gegen eine willkürliche Ueberschreitung des Nationalitätenprinzips sich aufs Entschiedenste wehren wird. Sie wird jedem, der eine angebliche Hilflosigkeit des Reiches mißbrauchen will, den Beweis liefern, daß er sich geirrt hat.

Das Vordringen der Polen.

Danzig, 27. Januar. Wie aus Schneidemühl gemeldet wird, sind nun auch Wongrowitz und das Gebiet von Rogasen von den Polen wieder geräumt worden, dagegen sollen die Polen gegen Thorn große Truppenmassen zusammengezogen haben.

Die Gefahren der Kohlennot für Berlin.

10 000 Arbeiter gesucht — 150 melden sich.
180 000 Arbeitslosen-Renten!

Die Kohlennot, hervorgerufen durch die seit Monaten andauernden Arbeitsunterbrechungen in den Kohlenrevieren, drängt einer Krisis unaufhaltsam entgegen. Die Energiequellen der Reichshauptstadt, die städtischen Elektrizitätswerke, befinden sich in einer unhaltbaren Lage. Schon seit Wochen sind die Reserven, die während der Kriegszeit klein genug waren, aufgebraucht, und der Betrieb hängt heute ganz davon ab, daß jeden Tag die allernotwendigste Menge Steinkohlen, etwa 800 bis 900 Tonnen (gegen 3000 Tonnen in Friedenszeiten) mittels Kahn oder Bahnwagen herangeschafft werden. Sobald die Lieferungen noch weiter nachlassen, ist mit einer Stillegung der Werke zu rechnen.

Wie nun von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Kohlenstelle Groß-Berlin in zahlreichen Gesuchen in der letzten Zeit den Reichskohlenkommissar immer wieder auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus einem Stillstand der Berliner Industrie erwachsen müssen. Der Reichskohlenkommissar hat dementsprechend bei der Berliner Regierung dauernd dahin zu wirken gesucht, daß eine Stabilisierung der Kohlenlieferung in die Wege geleitet wird. Alle Schritte der Reichsregierung sind nun aber, wie bekannt ist, bisher ohne nennenswerte Erfolge geblieben. Zwar wird aus Schlesien dauernd gemeldet, daß die Streiks beendet sind, eine Erhöhung der Verladeziffern läßt sich kaum feststellen. Die Lage für Berlin ist im Augenblick bitter ernst. Man wird unter allen Umständen versuchen, die Lebensfähigkeit der Industrie zu erhalten, aber die Beidtragenden dürften, wenn es zum Aeußersten kommt, der Privatverbraucher sein, deren Hausbrandlieferungen gekürzt werden müßten. Zwar verfügen eine Anzahl größerer Werke in Berlin über Vorräte an Steinkohlen, aber die Behörden werden zu Beschlagnahmen greifen müssen, wenn die Verhältnisse sich nicht bald bessern, um den Betrieb der Elektrizitäts- und Wasserwerke aufrechtzuerhalten.

Nach fachmännischer Ansicht trägt die Arbeitslosenversicherung nicht unwesentlich dazu bei, daß die Kohlenversorgung Berlins an einen so kritischen Punkt geraten ist. Dicht vor den Toren Berlins, in der Niederlausitz, befinden sich ausgedehnte Braunkohlenlager, die im Tagebau schnellstens ausgebeutet werden könnten, wenn die Arbeitskräfte vorhanden wären. Auf die Aufrufe des Niederlausitzer Brikettsyndikats, das 10 000 Arbeiter verlangt, haben sich jedoch nur 150 Arbeiter gemeldet, obwohl in Berlin nach der Statistik 180 000 Menschen eine Arbeitslosenrente beziehen, weil sie keine Arbeit (!) zu finden vermögen.

Wie das Reichswirtschaftsamt uns auf unsere Anfrage mitteilt, wird Kohle nur noch an Lebensmittel-, Papierfabriken, Gas und Elektrizitätswerke abgegeben. Diese Maßnahme allein bedeutet eine Stillegung des größten Teiles der Privatindustrie.

Die Prämiierung der Faulheit.

Für 14 Mark täglich wird nicht gearbeitet.

In der Tempelhofer Gemeindevertretung wurde die bestehende Arbeitslosigkeit und Arbeitsscheu auf die übermäßig hohen Sätze der Erwerbslosenfürsorge zurückgeführt. Wenn ein Arbeiter 5 Mark den Tag Unterstützung bekomme, und dazu für drei Kinder je 1,50 M., zusammen 12,50 M., dann sei es kein Wunder, wenn — wie es vorgekommen sei — ein solcher Arbeiter, die ihm für 14 Mark den Tag angebotene Arbeit mit der Begründung ablehne, für 1,50 M. (den Unterschiedsbetrag!) arbeite er nicht! Es wurde als dringend notwendig bezeichnet, die Sätze zu ermäßigen und einen Zwang zur Arbeit zu schaffen. Wir möchten hierzu noch mitteilen, daß auch die Sätze für die Frauen bei weitem zu hoch sind und geradezu einen Anreiz zur Faulheit bilden. Arbeiterinnen über 17 Jahre erhalten täglich 3 M. Unterstützung, monatlich also 90 Mark, und haben infolgedessen natürlich keine Lust, wieder in einen Haushalt in Stellung zu gehen — daher die Fortdauer des Dienstbotenmangels trotz größter Zahlen der Arbeitslosen.

Die Berliner Steuerzahler müssen für die Arbeitsscheuen täglich eine Million Mark aufbringen.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Vigo, 25. Januar. (Schles. Z.) Es wird berichtet, daß König Manuel nach Ueberschreiten des Minhoflusses 6 Uhr morgens in Portugal eingetroffen ist.

Lissabon, 27. Januar. (Reuter.) Laut amtlicher Mitteilung ist das Kabinett zurückgetreten, um eine Spaltung der Kräfte zu vermeiden. Die Republikaner werden die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Kabinetts fortführen.

Reuter erfährt amtlich: Am 23. Januar früh erklärte sich eine Anzahl der Einheiten der Garnison Lissabons für die Royalisten und besetzte die Stellungen auf den die Hauptstadt beherrschenden Höhen. Sie wurden sofort umzingelt, schnell geschlagen und ihnen die Geschütze abgenommen. Die republikanischen Truppen verfolgen die Fliehenden mit Reiterei. Die Regierung zieht Truppen zusammen, um in Oporto den Aufstand wenn möglich kampflos zu unterdrücken.

Die Deutsche Volkspartei an den Kaiser.

Die deutsche Volkspartei hat zum Geburtstage des Kaisers folgendes Telegramm abgesandt:

An Seine Majestät den Kaiser Wilhelm, Amerongen, Holland.

Eurer Majestät sendet die Deutsche Volkspartei zum 60. Geburtstage ehrfurchtsvolle Glückwünsche. Wir würdigen in Dankbarkeit die Arbeit, die Eure Majestät getreu dem Ausspruch: „Kaisertum ist Dienst am deutschen Volke" in mehr als dreißigjähriger Tätigkeit für das Deutsche Reich und das deutsche Volk geleistet haben. In Erinnerung an die ersten Worte des alten nationalliberalen Parteiprogramms: unverbrüchliche Treue für Kaiser und Reich, gedenken wir der großen Zeit, die Deutschland und Preußen unter der Hohenzollernherrschaft durchlebt haben. Wir wünschen Eurer Majestät von ganzem Herzen einen friedlichen Lebensabend und bitten, davon überzeugt zu sein, daß Millionen Deutscher mit uns auch unter den neuen Verhältnissen und auf neuer Grundlage des Staatslebens stets das Bekenntnis zum monarchischen Gedanken hochhalten und sich gegen jede würdelose Abkehr von den hohen Idealen des deutschen Kaisertums und preußischen Königstums wenden werden.

Staatsminister a. D. Dr. Heinze.
Oberpräsident Dr. von Richter. Dr. Stresemann.

Mackensens harte Gefangenschaft.

Wtb. Berlin, 27. Januar. Nach zuverlässigen Nachrichten befindet sich Feldmarschall Mackensen in Furak im Schloß des Grafen Chotek mit zehn Herren seines Stabes, wahrscheinlich wird er dort bleiben. 500 Spahis bewachen das Schloß. Die Gefangenschaft ist sehr hart. Innerhalb des Parks nahe am Schloß ist ein Drahtzaun gezogen. Der Marschall darf nur innerhalb dieses eng begrenzten Raumes spazieren gehen und ist auch sonst abgeschlossen von jedem Verkehr mit der Außenwelt. Der junge Graf Eltz als Stellvertretender Hausherr darf sich in den Räumen Mackensens täglich nur eine Stunde aufhalten, und nur in Gegenwart der Wache mit ihm sprechen.

Das Auswärtige Amt hat erneut Schritte getan, um auf eine mildere Behandlung des Feldmarschalls hinzuwirken unter dem Hinweis, daß selbst der von uns bezüglich der Armee Mackensen nicht anerkannte Waffenstillstand zwischen Ungarn und dem Verbande nur eine Internierung, aber keine Gefangenschaft durch Ungarn vorsah.

Unsere tapferen Ostafrikaner.

Wie aus Stettin gemeldet wird, ist dort der dänische Dampfer „Ruß" mit deutschem Sanitätspersonal, darunter auch Ostafrikaner eingetroffen. Ein Augenzeuge der Ankunft, der empört ist über den unwürdigen Empfang, schreibt:

„Ich war Zeuge dieser Ankunft und ich muß sagen, daß es einfach eine Schande ist, wie diese Leute bei ihrer Ankunft in der Heimat empfangen werden. Von einem Empfange war vielmehr überhaupt keine Rede; denn außer einigen Krankenträgern waren nur zwei oder drei Sanitätsoffiziere erschienen.

Trotzdem heute mit Millionen herumgeworfen wird, so daß man den Eindruck hat, daß Geld absolut keinen Wert mehr hat, ist von den maßgebenden Stellen für diese Männer, die aus dem tropischen Afrika in die deutsche Heimat zurückkehrten, nicht ein Pfennig aufgewendet worden; nichts wurde veranlaßt, um für diesen Trupp Kriegsgefangener Essen und Unterkunft, oder sofortigen Abtransport zu sorgen. Wahrlich, ein warmer Empfang nach jahrelanger, mühvoller und entbehrungsreicher Kriegsgefangenschaft! Der Dank des Vaterlandes wurde auch hier mal wieder so recht bewiesen, und es ist direkt eine Schande, wenn man es dauernd mit ansehen muß, wie ungezählte Tausende nutzlos zum Fenster hinausgeworfen werden, wo mit wenigen Hunderten für diese Helden ein Gutes geleistet werden könnte.

Es muß unter allen Umständen für diese unsere Brüder, die nach jahrelanger Abwesenheit wieder in die Heimat zurückkehren, so gesorgt werden, daß Zustände, wie schon oft und auch gestern in Stettin, nicht wieder vorkommen können."

Oberst House für Deutschland.

Der vielgenannte vertraute Freund Wilsons, Oberst House, der zwar in der letzten Zeit schwer erkrankt war, aber nicht, wie gemeldet wurde, gestorben ist, hat der Deutschen „Allgem. Ztg." zufolge für die Pariser Konferenz der Entente eine Denkschrift über die Schuld am Kriege ausgearbeitet. Auf Grund von Schriftstücken, die bisher den militärischen Mitgliedern der Entente unbekannt waren, werden in dieser Denkschrift angeblich die gegen Deutschland oder deutsche Persönlichkeiten gerichteten Anschuldigungen betreffend die Hauptschuld am Kriege entkräftet.

Noch kein Abtransport.

Von deutscher Seite wurde an die Vertreter der Entente eine Note gerichtet, nun unverzüglich den in Aussicht gestellten weiteren Abtransport der in Haidar Pascha zusammengezogenen deutschen Orkettruppen durch das Mittelmeer zu beginnen. Zugleich wurde deutscherseits festgestellt, daß bisher die mündlich angekündigte Antwort über das endgültige Schicksal der deutschen Truppen im Schwarzen Meere von der Entente nicht eingetroffen sei. Unbekannt ist auch, ob eine Postverbindung mit diesen Truppen möglich ist.

Die Aufgabe der deutschen Truppen im Baltikum.

Libau, 26. Januar. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Lettlands und Estlands teilt mit: Aus vielfachen Anfragen an die Gesandtschaft geht hervor, daß unter den deutschen freiwilligen Truppen, deren Anwerbung für das Baltikum im Gange ist, Unklarheit darüber herrscht, zu welchen Aufgaben sie berufen werden. Es handelt sich in Kurland nicht um die Ausübung eines Polizeidienstes, sondern um den Kampf gegen die bolschewistischen Wellen, die gegen Ostpreußen heranbranden und nach dem offenen Zugeständnis der Führer der Sowjettruppen nicht an der deutschen Grenze Halt machen, sondern das Land überschwemmen sollen. Daß der Bolschewismus von Deutschland ferngehalten werden muß, unterliegt keinem Zweifel, um aber zu verhindern, daß die deutschen Grenzgebiete wieder Kampfstätten werden, ist es nötig, die Sowjettruppen zurückzuwerfen, ehe sie in die Nähe der deutschen Grenze gelangt sind. Die deutschen Freiwilligen, die für das Baltikum angeworben werden, sollen also keine Polizeitruppe, sondern eine Kampftruppe bilden, von deren Offensivgeist es abhängt, ob es gelingt, die Sowjettruppen zurückzuschlagen und die Absicht ihres Einbruches nach Deutschland hinein zu vereiteln.

Bolschewisten von deutschen Freiwilligen geschlagen.

Libau, 26. Januar. Wie nach der Säuberung Estlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die Roten Verbände in den von ihnen besetzt gewesenen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft geradezu bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden, im Kreise Wesenberg nahezu 300. Insweisen erfreulicherweise auch ihr Vormarsch in Kurland in Richtung auf Libau zum Stillstand gebracht worden. In einem Offensivstoß haben am 25. und 26. Januar die reichsdeutschen freiwilligen Truppen, die über die Windau vorgegangen, an Zahl weit überlegene bolschewistische Abteilungen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträchtliches Material in den Händen der Deutschen. Die deutschen Verluste sind gering.

Die Lage in Polen.

Bromberg, 27. Januar. In Richtung Hohensalza haben wir unsere Postierungen bis an das Südende des Jesuitenweges vorgeschoben. Einige Polen, die sich in Ablig-Rühlsdorf festgesetzt hatten, wurden nach kurzem Feuerkampf von unseren Patrouillen vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinburg, Josephinen und Potulitz näherten, wurden abgewiesen. Wilhelmsdorf (Kilometer südlich Nakel) wurde von uns besetzt. Eigene Artillerie zersprengte Bandenansammlungen östlich Netzwalde.

Kowno noch in deutschem Besitz.

Der Kommissar der deutschen Regierung für Litauen teilt mit, daß Kowno nicht von den Bolschewiki besetzt ist. Die Bolschewiki stehen jenseits Koschedary, also 40 Kilometer östlich Kowno. Dort ist eine Demarkationslinie gezogen, die von den deutschen freiwilligen Truppen gehalten wird. Vor fünf Tagen fand eine Unterredung mit dem Kommandeur des gegenüberliegenden bolschewistischen Regiments (Miekkauer Regiment) statt, worin ihm bedeutet wurde, daß die Linie von Koschedary verteidigt werde. Seitdem ist der bolschewistische Vormarsch nicht weiter fortgesetzt worden, da die russischen Truppen zunächst weitere Weisungen aus Moskau abwarten wollen.

Beendigung des Streiks im Ruhrgebiet.

Montag früh sind, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, auf allen Zechen des Ruhrreviers die Bergleute wieder vollzählig eingefahren. Die Ausstände auf den Zechen Teutoburgia und de Wendel sind beendet. (Schles. Ztg.)

Die Kohlennot in Berlin.

Der Mangel an Kohlen in Berlin ist jetzt so groß geworden, daß man für das Ende der jetzigen Woche mit der Möglichkeit rechnet, daß fast aller Industrien Großberlins die Zufuhr elektrischen Stromes abgeschnitten werden muß. Schles. Ztg.

WTB. Berlin, 26. Januar. Der heutige Preußenwahltag ist in Berlin unerwartet still verlaufen. Von einem besonderen Andrang zu den Abstimmungslokalen war nirgends etwas zu sehen. Es schien, als ob die Erfahrungen des vorigen Sonntags, an dem die Wähler und Wählerinnen insbesondere in den Vormittagsstunden stundenlang vor den Lokalen auf der Straße sich anstellten, bei dem heutigen Frostwetter und leichten Schneefall stark abschreckend gewirkt hätten. Vielleicht ist das Ergebnis nur eine gleichmäßigere Verteilung der Abstimmung, aber der äußere Eindruck geht doch dahin, als ob der Zudrang zu den Wahlurnen überhaupt sehr viel geringer wäre. Die Erscheinung, daß das Interesse für die preußischen Wahlen verhältnismäßig gering ist, scheint die Revolution überdauert zu haben oder der Reiz der Neuheit der am vorigen Sonntag so lebhaft wirkte, ist schon wieder verflogen.

Berlin:

Berlin, 27. Januar. Bei der Parteileitung der Mehrheitssozialdemokraten lagen bis 12½ Uhr nachts eine Reihe von Meldungen vor, die, dem „Tag" zufolge das folgende Zahlenbild ergeben: Mehrheitssozialisten 261 793 Stimmen, Unabhängige 199 504, Demokraten 117 574, Deutschnationale 75 442, Christliche Volkspartei 38 842, Deutsche Volkspartei 38 574, Ungültig 2600. Die drei verbundenen bürgerlichen Listen zählten bisher 142 865 (vor einer Woche bei den Nationalwahlen zum selben Zeitpunkt 53210) ein Ergebnis, daß auf ein sehr gutes Abschneiden bei der Schlußzählung hoffen läßt.

Lokales.

?? Namslau, 29. Januar. (Der Wahlkampf) hat mit der am Sonntag erfolgten Wahl zur preußischen Landesversammlung sein Ende erreicht. Aber er wird in Kürze von neuem entbrennen, da überall die Gemeindevertretungen aufgelöst werden und bis spätestens 2. März Neuwahlen zu erfolgen haben. Auch diese Wahlen haben an einem Sonntage stattzufinden. Die bisherige Abstufung in drei Wählerklassen fällt weg, ebenso auch das sogenannte „Hausbesitzerprinzip", wonach zwei Drittel der Mitglieder Hausbesitzer sein müssen. Die Wahlen vollziehen sich ebenfalls nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und sind auch wie die bereits stattgefundenen Wahlen geheim. Infolge des neuen Wahlverfahrens wird auch die Stadtverordneten-Versammlung hiesiger Stadt künftig eine andere Zusammensetzung erfahren, zumal ja auch der Wahl weiblicher Stadtverordneten nichts mehr im Wege steht. — Einzelne der politischen Parteien sind schon mit den Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl, wie wir erfahren haben, beschäftigt. — Andere Wahlen, die Wahl des Reichstags und des Reichspräsidenten, stehen ebenfalls bevor. — Da heißt es, nicht zu ermüden, sondern fleißig zu arbeiten!

△ (Von der schlesischen Landwirtschaft.) Trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse und der ungeklärten Arbeiterverhältnisse ist es, da außerdem längere Zeit eine verhältnismäßig milde Witterung herrschte, gelungen, den allergrößten Teil der auf den Feldern befindlichen Rüben abzufahren. Die Verarbeitung der Rüben flößt insofern auf Schwierigkeiten, als die in Betracht kommende Industrie sehr empfindlich unter der unregelmäßigen und unsicheren Kohlenzufuhr leidet. Die Kartoffelernte konnte zum größten Teil sicher geborgen werden. Aus einzelnen Bezirken liegen Meldungen über Frostschäden an den Kartoffeln vor. Die schlesische Landwirtschaft ist sich dessen bewußt, daß eine weitere Intensierung des landwirtschaftlichen Betriebes im Hinblick auf die künftige Stellung der Landwirtschaft in der deutschen Volkswirtschaft dringend notwendig ist, sie kann diese Aufgabe aber nur dann erfüllen, wenn ihr in ausreichendem Maße Düngstoffe und Inventar zur Verfügung stehen. Unbedingt muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiterverhältnisse der Industriebezirke nicht auch auf die Landwirtschaft übergreifen. Dringend notwendig ist es auch, daß die maßgebenden Stellen eine unzweideutige Erklärung über die zukünftige Form der Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe abgeben, damit der ländlichen Bevölkerung die Arbeitsfreude erhalten bleibt.

= (Die Deutsche Turnerschaft) hat das preußische Kriegsministerium gebeten, ihr durch die Demobilisierung freigewordene verwendbare Gegenstände, wie Decken, Betten, Zeltplanen, Rucksäcke, sowie Baulichkeiten, Baracken usw. möglichst kostenlos oder zu mäßigen Preisen für den Turnbetrieb zu überlassen. — Der deutsche Ski-Verband hat mit dem bayrischen Kriegsministerium eine Vereinbarung über die Abgabe von Skiern, Doppelschlitten und Seehundsfellen getroffen.

= (Die im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau) bisher ausgestellten Dauer-Reiseerlaubnisscheine zur Ausführung von häufig und dringenden Eisenbahnfahrten verlieren am 31. d. M., wie aus Breslau geschrieben wird, ihre Gültigkeit. Da mit diesen Scheinen vielfach Mißbrauch getrieben worden ist, werden neue Dauer-Reiseerlaubnisscheine nur ausgestellt, wenn wie bisher die Notwendigkeit zur Ausführung dringender und häufiger Reisen durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde usw. nachgewiesen und gleichzeitig mit dem Antrag ein Lichtbild des Antragstellers auf dünnem Papier in einer Größe von mindestens 4×6 Zentimeter eingereicht wird. Die bezüglichen Anträge sind an die Eisenbahndirektion zu richten.

= (Zur Notiz „Teerverkauf" im Bericht über die Stadtversammlung) sei berichtigend bemerkt, daß **nicht** 5 M., sondern **10 Mk.** für 100 kg Teer hiesige Abnehmer zu zahlen haben.

— Reichthal. (Wahlergebnis der Preußenwahl im Vergleich zur Nationalwahl: Zentrum 374 (369), Deutsch-Nationale 63 (58), Deutsch-Demokratische 83 (90), Sozialdemokraten 173 (80. Die Zahl der Soldaten war von 70 auf 300 gestiegen.

Nieborowski.

Das Wahlergebnis zur Preußenwahl und den einzelnen Ortschaften im Kreise Namslau mit Gegenüberstellung des Ergebnisses bei der Nationalwahl.

	Preußenwahl 26. 1. 19.				Deutsche Nationalversammlung 19. 1. 19.			
	Deutsch-Demokr.	Sozial-Demokr.	Deutsch-National	Christl. Volksp.	Deutsch-Demokr.	Sozial-Demokr.	Deutsch-National	Christl. Volksp.
Altstadt	25	43	57	37	39	54	62	25
Bachwitz	32	54	36	84	25	61	66	102
Bankwitz	21	117	70	68	9	118	81	84
Buchelsdorf	13	23	39	239	16	17	33	330
Butschkau	38	73	67	64	31	114	81	60
Dammer	34	70	152	373	26	84	171	389
Dt. Marchwitz	12	32	90	20	17	43	92	7
Drochkau	12	47	41	92	11	68	49	118
Eckersdorf	59	71	104	135	68	60	133	151
Eisdorf	30	30	49	3	59	39	18	—
Ellguth	31	29	31	8	54	44	20	10
Giesdorf	2	54	48	70	3	75	35	86
Glausche	39	191	155	194	70	152	115	189
Grambschütz	27	32	104	125	32	21	118	127
Gr. Marchwitz	64	55	97	57	102	33	85	58
Gütchen	14	131	83	15	21	141	83	23
Hennersdorf	—	—	—	—	25	50	199	31
Höntgern	37	37	132	4	4	44	172	6
Jakobsdorf	24	42	34	15	38	57	21	9
Kauwitz	8	6	78	329	15	5	72	350
Kreuzendorf	—	24	9	142	2	21	—	146
Krickau	—	—	—	—	13	16	45	45
Lankau	—	—	—	—	25	59	82	48
Lorzendorf	7	38	193	199	4	43	204	213
Minkowsko	73	83	13	6	97	111	16	5
Namslau Krone	400	468	215	283	479	482	202	266
„ Grimm	411	423	276	216	461	460	282	221
Naffadel	—	—	—	—	6	41	60	87
Nolhau	28	90	52	122	21	86	66	107
Obischau	10	16	37	16	13	19	39	13
Rankisdorf	8	35	49	15	6	44	40	10
Reichen	43	16	43	68	32	28	48	74
Reichthal	82	173	63	374	90	80	58	369
Saabe	—	—	—	—	43	77	20	16
Strehlitz	—	—	—	—	77	77	147	244
Schadegur	6	67	4	86	14	91	7	86
Schmograu	—	—	—	—	58	94	17	156
Schwirz	22	80	93	134	31	93	129	96
Simmelwitz	4	25	104	19	11	23	123	11
Störschau	—	—	—	—	30	36	39	40
Stäbdel	13	50	50	99	9	86	41	84
Steinersdorf	25	41	129	140	46	30	120	155
Sterzendorf	24	72	40	100	33	73	46	169
Wallendorf	—	—	—	—	15	9	34	321
Wilkau	—	—	—	—	124	137	318	97
W. Marchwitz	—	—	—	—	73	29	114	7

Das Gesamtergebnis der einzelnen Parteien im Kreise Namslau bei der Wahl zum preußischen Landtage ist folgendes: Zentrum 5108, Deutschnationale 3853, Sozialdemokraten 3458, Deutsch-Demokraten 1999.

[Eingesandt.]

Deutscher Offizier-Bund (Schlesien)

Als die revolutionäre Presse mit Schmähungen und Beleidigungen gegen die Offiziere Ende des vorigen Jahres das Deutsche Volk gegen ihre langjährigen Beschützer von Heimat und Heer aufbrachte, sahen sich die Offiziere, ganz gegen ihre bisherige Gewohnheit gezwungen, sich zu einer großen Vereinigung zusammenzuschließen, um öffentlich die Beleidigungen und Ehrenkränkungen zurückzuweisen. — Der Deutsche Offizier-Bund umfaßt schon weit über 130 000 Mitglieder und hat sich aber das ganze Reich verbreitet. Aber trotz aller sich täglich erneuernden Entrechtungen und öffentlichen Beschimpfungen stehen noch Beamte, aktive, inaktive und des Beurlaubtenstandes, des Heeres, der Marine und der Schutztruppe, sowie deren Angehörige, Witwen und Waisen unschlüssig bei Seite!

Kameraden, welcher Art von Offizieren und Beamten Ihr angehört, Ihr Witwen und Waisen tretet unserer Berufsorganisation bei! Jedes Zögern ist vom Uebel, nur Einigkeit macht stark! Eile tut Not! Wir brauchen Euch und Ihr braucht uns. Nur wenn Ihr alle hinter uns steht, können wir mit Erfolg für Euch eintreten!

Der Deutsche Offizier-Bund will die beruflichen und wirtschaftlichen Gesamtinteressen der Offiziere usw. den regierenden Gewalten gegenüber und in der Oeffentlichkeit vertreten! Es ist unsere Pflicht, die verleumderischen Angriffe zurückzuweisen, da ein Fernstehender aus unserm Schweigen ein Zugeständnis entnehmen könnte! Aus Einzelfällen von den „Nieznfriedenen", den „All-sbesserwissenden" aber „Nichtskönnern" berichtet, aus Darstellungen und Urteilen von Leuten, die ohne jede militärische Diensterfahrung, die nicht mit einem Fuß an der Front im Feuer gewesen sind, wurde und wird verallgemeinert und der ganze Offizierstand mit Füßen getreten.

Wir erinnern an die tadellos verlaufene Mobilmachung, die glänzenden Siege, überall ernteten wir Ruhm und Ehre! Die ganze Welt hat mit Staunen gesehen, wie das Deutsche Heer 4½ Jahre festgestanden, wie der ganzen Welt gegenüber unbesiegt geblieben und, wie es die Front festhaltend, die Heimat beschützt hat. Es wäre nicht möglich gewesen, diese Erfolge zu erringen, wenn nicht die Offiziere zu jeder Stunde, in jeder noch so verzweifelten Lage ihre Pflicht als Führer der Truppen erfüllt und ihren in langen Friedensjahren erlernten Führerberuf verstanden hätten. Es muß laut und deutlich einmal gesagt werden, daß Deutschland niemals in der Lage gewesen wäre, die Erfolge in diesem Kriege zu erzielen ohne sein, von der ganzen Welt beneidetes Offizierkorps. Die hohen Verlustziffern beweisen, wieviele Offiziere opferfreudig ihr Blut und Leben für das Vaterland dahingegeben haben. Jetzt soll auf einmal nach dem Bericht der Verleumder das ganze Offizierkorps nichts mehr wert sein! Jetzt sollen die Offiziere an allem Unglück schuld sein, weil sie nicht verstanden hätten, die Mannschaften zu behandeln! —— Wir erinnern nur an die strengen Auffassungen die in der alten Armee gerade über unvorschriftsmäßige Behandlung Untergebener bestanden. Alle Amnestieerlasse schlossen jedesmal die wegen Mißhandlungen und unvorschriftsmäßiger Behandlung von Untergebenen Bestraften aus. Gerade in der Deutschen Armee wurde der allergrößte Wert auf richtige Behandlung der Mannschaft durch die Offiziere gelegt. Ohne eine gewisse Strenge ist aber keine Disciplin und ohne Disciplin kein Heer denkbar.

Jetzt, wo der Feind im eigenen Lande steht, erschallt laut der Ruf nach Offizieren. Die Einsicht beginnt sich durchzuringen, daß eine Truppe, die Schlachten schlagen, den Feind besiegen soll, nicht von vielköpfigen Soldatenräten regiert werden kann. — Der Ruf erschallt, das Vaterland ist in Gefahr; die Offiziere werden gern dem Rufe folgen, wenn im Freiwilligenkorps Schlesien die Kommandogewalt wieder in Händen von Offizieren liegt und kein Soldatenrat hindernd zwischen Offizier und Truppe tritt.

Der D. O. B. will als die berufene Interessenvertretung bei Schaffen von Gesetzen gehört werden, er will allen Offizieren usw. eine Zentralstelle in Fragen der Berufsunterstützung und Berufsvermittlung sein, unter Heranziehung aller bereits bestehenden Organisationen, die sich bereit erklärt haben, ihre reichen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Der D. O. B. will den Offizieren usw. sowie ihren Angehörigen und Hinterbliebenen ein Berater in rechtlichen, privatwirtschaftlichen und sonstigen Nöten des täglichen Lebens sein (bei Versorgungsanlage, Rechtsfrage, die mit der besonderen Stellung des Offiziers und der Hinterbliebenen im Zusammenhang stehen, Witwenpension, Hinterbliebenenansprüche, Erziehungs- und Schulfragen usw.) sein und unverschuldet in Not geratene Offiziere usw., insbesondere deren Witwen und Waisen mit seinen eigenen Mitteln unterstützen oder ihnen die Wege zu geeigneten Hilfsquellen ebnen, bezw. zu ihrem Recht verhelfen. Mitglied kann jeder Offizier einschl. Feldwebelleutnant, Sanitätsoffizier, Veterinäroffizier, Zeug-, Feuerwerks-, Festungsbauoffizier und Beamter des aktiven und Beurlaubtenstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen, sowie deren Angehörige werden. Mitgliedsbeitrag nach Selbsteinschätzung, jedoch mindestens 6 Mark im Jahre. Besondere Stiftungen werden erbeten. Geldbeträge bitte an das Konto des D. O. B. bei dem Schlesischen Bankverein, Abt. Ring 20, Breslau 1, Scheckkonto Nr. 4450.

Die Bildung von Ortsgruppen ist in vielen Städten Schlesiens bereits im Gange.

Anmeldungen bitte zu richten an

Hauptmann Rumland
Brieg, Grüner Weg 2. II.

[Eingesandt.]

Obschon es mir geradezu einen physischen Ekel verursacht, auf die gegen mich gerichteten Eingesandt in den beiden letzten Nummern des Namslauer Stadtblattes zu antworten, so muß ich das dennoch tun, nicht sowohl um derjenigen willen, die mich wider besseres Wissen niederschreiben wollen, als wegen solcher— ich hoffe, daß es auch deren in Namslau einige gibt — die ihre Behauptungen nach ihrem wahren Urteil einzurichten pflegen, mit diesem aber inbezug auf den vorliegenden Fall vielleicht noch nicht ganz im Reinen sind.

Dem Einsender Ließ: Sie haben vollkommen recht, es gibt nicht wenige Sozialdemokraten, die von Religion nichts wissen wollen. Woher kommt das? Daher, daß die Prediger und Lehrer der Religion nicht imstande waren, ihnen diese so zugänglich zu machen, daß sie Verstand und Gemüt in gleicher Weise befriedigte. Denkende Männer bedürfen allerdings in erster Linie einer den Verstand befriedigenden Religion, und insofern die ihnen überlieferte Religionslehre dieser Anforderung nicht entspricht, wird von jenen leider Religion überhaupt abgelehnt, und sie dazu geführt, sich auf Theorien zu stützen, die für die Befriedigung des religiösen Gefühls nichts übrig haben. Ich gebe zu, daß das ein Mangel ist. Aber man beginnt diesen im sozialdemokratischen Lager bereits einzusehen. Und wenn der Herr Einsender im Sinne wahren Christentums wirken wollte, so müßte er sein Bestes darauf setzen, der Menschheit die Religion wieder in dem Lichte zu zeigen, in dem sie uns von unserm Meister vorgelebt wurde, damals als sie ganz besonders auf die Denkenden unter dem Volke wirkte. — Wegen meiner politischen Kenntnisse oder Unkenntnisse mag sich Herr Ließ keine grauen Haare wachsen lassen. Er hat dann eine Sorge weniger.

Dem Einsender Kraft: Was an dem Sinn der bäuerlichen Bevölkerung gesund und was ungesund ist, darüber dürfte neben der Meinung des Einsenders noch eine andere bestehen.

Dem Einsender Fuhrmann: Vielleicht lesen Sie meinen Artikel noch einmal durch, um festzustellen, daß ich 1.) keinen Geistlichen mit Namen genannt habe, daß ich 2.) von orthodoxen und liberalen Geistlichen nicht in Namslau, sondern innerhalb der sozialdemokratischen Partei gesprochen habe, und daß ich 3.) mit dem Worte „Staatsdiener" nach dem ganzen Zusammenhange keinen Pastor genannt haben kann. Auf Ihre Bemerkung über meine Amtsführung zurückzukommen, allerdings nicht an dieser Stelle, behalte ich mir vor.

Dem Einsender Dreiucker: Sie können nicht fassen, wie ein Erzieher Sozialdemokrat sein kann. Mein heraldisches Beileid! Hören und staunen Sie: In dieser verruchten Gesellschaft gibt es sogar Stadtverordnete, Schulräte und Minister. Wissen Sie, was ich nicht fassen kann? Daß Sie, der Mann aus dem Volke, sich von gewissen engen Kreisen mit verengertem Sinn haben einfangen lassen. — Ueber Ihre religiöse Belehrung besten Dank!

Wenn ich die Zeitung hiermit etwas stark in Anspruch genommen habe, so bitte ich die Redaktion hiermit öffentlich um Nachsicht. Dafür will ich künftig über so unwürdige Anzapfungen, die mit parlamentarischer Erörterung allgemeiner Fragen nichts mehr zu tun haben, kein Wort mehr verlieren. Wo die Sachlichkeit aufhört, beginnt natürlich das Persönliche, um das es mit nicht zu tun ist.

Dworski.

[Eingesandt.]

Zur Zuschrift des Herrn Uffz. Fuchs.

Sicher sind Sie vom Grenzschutz der einzige, der glaubt, sich ob meiner Antwort an den Soz. Unikower beleidigt fühlen zu müssen, obgleich der Grenzschutz von mir mit keiner Silbe gestreift wurde. Um nun kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, stelle ich hiermit fest, daß eine Beleidigung des Grenzschutzes weder beabsichtigt noch erfolgt ist. Auch sonst ist meine Antwort nicht, wie Sie sagen, eine Beleidigung, sondern eine parteilich wichtige Sache. Wenn Sie sich mit der Art der Stimmungsmache der Parteien eingehend beschäftigen, werden Sie finden, daß man in der Wahl der Mittel meist nicht allzu zimperlich ist. Das zeigt auch das angezogene Cigarrettengespräch — die Tatsache daß es stattgefunden hat, wurde mir erst später bekannt —, das durchaus gänzlich harmloser Natur war, wie es unter zwei Bekannten nicht anders sein kann. Umsomehr fällt es ins Gewicht, wenn derartige Harmlosigkeiten mit großer Umständlichkeit zu weltbewegenden Begebenheiten gestempelt und von Soz. demokr. Partei zur Stimmungsmache benutzt und ausgeschlachtet werden. Diese Absicht habe ich sehr wohl erkannt und dem Soz. Unikower noch vor der Wahl eine deutliche Abfuhr erteilt. Damit habe ich ihn nur mit seinen eigenen Waffen geschlagen, indem ich versuchte, den von der Zitierung des bek. Gesprächs für seine Partei erhofften Vorteil zu Gunsten einer anderen Partei abzuwenden, wofür ja Freiheit in Wort und Schrift proklamiert ist. Nur in dieser Verbindung ist meine Antwort gemeint und erfolgt, eine Beleidigung des Grenzschutzes daher daraus nicht zu folgern. Daß mein Artikel gewirkt hat, sehen Sie am Wahlergebnis: Die Soz. hatten am 19. 1. 3624, am 26. 1. nur 2552 Stimmen, also bei rund 2000 weniger Stimmenabgabe ein Verlust von 55 %, wohingegen die Deutschn. diesmal an dem Stimmenausfall mit 400 % Gewinn beteiligt sind, das beweist alles. — Ihre sonstigen persönlichen Angriffe berühren mich eigentlich nicht, wenn Sie aber von „Drückeret" sprechen, muß ich mich doch etwas damit befassen. Die „Herumdrückeret hinterm Pult" steht, wenn Sie sich die Mühe machen, näher hinzusehen, wesentlich anders aus, als Sie annehmen. Sie können auf Anfrage beim 1. Garde Rgt. z. F. in Potsdam erfahren, daß ich mich am 23. 8. 1914 dort freiwillig gemeldet habe, aber wegen eines mir in der aktiven Dienstzeit bei diesem Regiment zugezogenen Herzleidens nicht ankam. Später machte die eingeführte Zwangsbewirtschaftung des Getreides meine Anwesenheit hier notwendig. Unser Stadtblatt reicht nicht aus, Ihnen über meine umfangreiche Tätigkeit in der Ernährungswirtschaft Aufschluß zu geben, wenn ich es tun könnte, so würden Sie ohne Zweifel zugeben, daß es unter Umständen manchmal besser gewesen ist, wenn man nicht in der „glücklichen" Lage zu sein brauchte, sich hinterm Schreibpult „herumzudrücken" namentlich wenn die „Drückeret" bis in die Nacht hinein dauerte. Fest steht, daß mit dieser „Drückeret" das erreicht wurde, daß jeder Bürger des Kreises und darüber hinaus jeden Tag ohne Sorge sein Brot essen konnte; welche Arbeit damit verbunden ist, darüber kann man natürlich ohne Einblick nicht urteilen. Ganz so unwichtig war meine Arbeit also wohl doch nicht und das Vaterland ist dabei keineswegs zu kurz gekommen, indem jeder seine Pflicht an seinem Platze tat. — Dem Grenzschutz bedauere ich nicht beitreten zu können, da ich meinen Posten in der Ernährungswirtschaft noch versehen muß, dagegen finden Sie mich in der Liste der Kreiswehr an zweiter Stelle. — Damit schließt für mich die Debatte.

Henze.

[Eingesandt.]

Zum „Eingesandt" des Sozialdemokraten Nowak!

Ich rufe Ihren Genossen **Unikower als Zeugen** an, daß ich mich bereits 1916 in Deis beim Bezirkskommando **freiwillig** gemeldet habe und daß **Unikower** meinen Vater darin bestärkte, mir die Einwilligung nicht zu geben. Damals war ich **16**, heute bin ich **18 Jahre** alt und werde ich bei den Grenzschutz-Freiwilligen auch sicherlich noch einer der Jüngsten sein.

Alex Matschke stud. jur.

Zur Kenntnisnahme.

Um den persönlichen Reibereien durch eingesandte Artikel im Stadtblatt ein Ende zu bereiten, werden weitere derartige Berichte nicht mehr aufgenommen.

Die Redaktion des „Namslauer Stadtblattes."

Provinzielles.

Breslau. In den geschichtlich denkwürdigen Räumen des „goldenen Zepters" auf der Schmiedebrücke hatten sich auf Einladung der „Schlesischen Notwehr" etwa 300 aktive und beurlaubte Offiziere eingefunden zwecks Gründung eines Freiwilligenkorps zum Schutz unserer Provinz. Die Mehrzahl der Anwesenden hat sich zu diesem gemeldet.

Münsterberg. Der Großherzog von Weimar hat die Absicht, in Heinrichau eine evangelische Kirche, eine evangelische Schule und mehrere Arbeiterhäuser erbauen zu lassen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der ehemalige Großherzog seinen Wohnsitz dauernd nach Heinrichau verlegt.

Fürstenstein. Im hiesigen Forst kam es zwischen einem Förster und einem Wilddiebe zu einem blutigen Kampf. Der Wilderer, der zum Teil Militärunform trug, wurde durch einen Schuß verletzt, doch gelang es ihm trotzdem zu entkommen.

Neurode. In Mölke verunglückte auf der Wenzeslausgrube der jugendliche Arbeiter Scholz durch herabfallendes Gestein zu Tode.

Rothenburg O.-L. In hiesiger Stadt ist eine Kuratie errichtet worden.

Oppeln. Der 62 Jahr alte Pfarrer Spyhr in Alt-Tarnowitz wurde in der Nacht zu Kranken gerufen. Er folgte dem Rufe. Da wurde er von mehreren Rowdies niedergeschlagen und schwer verletzt. Dann drangen dieselben ins Pfarrhaus und raubten mehrere Tausend Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Karf bei Beuthen O.-S. Der Droschkenkutscher Michalski aus Beuthen wurde während der Fahrt von Karf nach Dombrowa von den Fahrgästen erschossen und dann auf die Strecke geworfen. Die Banditen fuhren dann mit dem Wagen davon.

Hindenburg. In das Ullmann'sche Warenhaus wurde ein Einbruch verübt und Gegenstände im Werte von vielen Tausend Mark gestohlen.

Bekanntmachung.

An die ärmere Bevölkerung der Stadt soll für einen Haushalt je ½ rm Stangenholz zum Preise von 5 M. abgegeben werden. Anträge sind sofort, spätestens zum 10. Februar bei uns zu stellen.

Namslau, 27. Januar 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der gesetzlichen Familienunterstützung für den Monat Januar findet am Donnerstag, den 30. und Freitag, den 31. Januar d. Js. zur üblichen Zeit statt.

Namslau, den 25. Januar 1919.

Der Magistrat.
Der Volksausschuß

Namslau, den 27. Januar 1919.

Belieferung der Selbstversorger für die Versorgungsperiode vom 15.2.—15.4.19.

Die Mehlausgabe für die Zeit vom 15. 2.—15. 4. 19 für diejenigen Selbstversorger, die Mehlkarten erhalten haben, sowie das Vermahlen von Getreide für diejenigen Selbstversorger, die Mahlkarten erhalten haben, hat in der Zeit vom 5. 2.—5. 3. 19 in den zum Verkehr zugelassenen Mühlen des Kreises zu erfolgen.

Kreisausschuß des Kreises Namslau. Sahur, Vorsitzender.

Breslau, den 14. Januar 1919.

Anordnung

betreffend Abhaltung von Ferkelmärkten.

Unter Aufhebung unserer Anordnung vom 19. April 1917 und 13. Oktober 1917 wird hiermit der Auftrieb und Verkauf von Schweinen (Ferkel) im Gewicht bis 50 Pfund auf Wochen- und Viehmärkten wieder zugelassen.

Verboten bleibt der Auftrieb und Verkauf von Schweinen im Gewicht von über 50 Pfund.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob das Gewicht eines Schweines sich innerhalb der zugelassenen Gewichtshöchstgrenzen von 50 Pfund hält, steht in Zweifelsfällen dem den Markt beaufsichtigenden beamteten Tierarzt zu.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Schlesien.
gez. Tiebel.

Namslau, den 26. Januar 1919.

Vorstehendes bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.

Kreisausschuß des Kreises Namslau. Sahur, Vorsitzender.

Breslau, den 11. Januar 1919.

Verfallserklärung von Waffen und Heeresgut.

Die in der Bekanntmachung vom 4. Januar 1919, Sonderausgabe zum Amtsblatt der Regierung vom 6. Januar 1919, bezeichneten Gegenstände (Waffen und Heeresgut), welche nicht bis zum 15. Januar 1919 abgeliefert worden sind, erkläre ich aufgrund der Verordnung vom 28. Dezember 1918, Reichsgesetzblatt Seite 1478, unter Hinweis auf die nach der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918, Reichsgesetzblatt Seite 1425, verwirkten Strafen für verfallen

Der Demobilmachungskommissar.

Namslau, den 14. Januar 1919.

Kriegshilfskasse der Provinz Schlesien.

Der Kreisverband Namslau ist der von der Provinz Schlesien gegründeten **Kriegshilfskasse** beigetreten.

Zweck der Kriegshilfskasse ist die Gewährung von Darlehen an **Kriegsteilnehmer** oder deren **Angehörige** aus dem **selbständigen** Mittelstande zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit.

Zum „**selbständigen Mittelstande**" im Sinne der Satzung gehören insbesondere diejenigen, welche ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder hauptsächlich durch den Betrieb eines Gewerbes oder eines Landwirtschaftszweiges oder durch die Ausübung eines freien Berufes (z. B. Landmesser, Bücherrevisor) erwerben und ein mäßiges Jahreseinkommen in der Regel von weniger als 4000 Mark erzielen.

Als „**Angehörige der Kriegsteilnehmer**" kommen außer der Ehefrau — die auch als Witwe hierunter fällt — die beiderseitigen Verwandten in auf- und absteigender Linie in Betracht. Die Darlehnsbewilligung kann nur eintreten, wenn das Kredit

bedürfnis durch den Krieg entstanden ist und alle sonstigen Hilfs- und Kreditmittel erschöpft sind.

Darlehen werden im allgemeinen nur bis zum Höchstbetrage von 2000 Mark gewährt.

Der Zinsfuß ist 4%.

Die gewährten Darlehen müssen bis zum 31. März 1926 zurückgezahlt werden. Die Rückzahlung kann auch ratenweise, vom 1. April 1919 an beginnend, erfolgen.

Anträge auf Gewährung von Darlehen aus der Kriegshilfskasse sind an den Kreisausschuß des Kreises Namslau einzureichen.

Anträge, welche später als ein Jahr nach Entlassung des Kriegsteilnehmers oder seitens Angehöriger später als ein Jahr nach Ende des Krieges gestellt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Kreisausschuß des Kreises Namslau.
Sahur, Vorsitzender.

Sonnabend abends 7 Uhr verschied nach kurzem schweren mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein inniggeliebter treusorgender Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der

Fleischermeister

Anton Czech

im Alter von 59 Jahren.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Noldau, den 24. Januar 1919

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Donnerstag vormittag 1/29 Uhr vom Trauerhause aus.

Nachruf.

Am 16. d. Mts. verschied nach schweren Leiden an den Folgen des Krieges mein inniggeliebter, herzensguter Sohn und Bruder, der treusorgende Gatte und Vater, Schwager und Onkel,

der Gasmeister

Hermann Peuker

im Alter von 45 Jahren.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Namslau, Laurahütte, im Januar 1919

verw. Pauline Peuker
als Mutter
nebst **Sohn.**

Für die uns anläßlich unserer Vermählungsfeier erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Paul Kokott, Bürovorsteher
und Frau **Jda** geb. **Dannigel.**
Namslau, den 30. Januar 1919.

Deutsche Demokratische Partei.

Ortsgruppe Namslau.

Unser **Parteibüro** im „Hotel Krone" ist bis auf weiteres wieder **aufgehoben**. Etwaige Ansprüche an die Partei bitten wir beim Schriftführer Herrn **Amtsgerichtssekretär Schneider, Wassergasse 2,** schriftlich einzureichen. Bezahlung der vom Vorstand geprüften Rechnungen erfolgt durch das **Bankhaus E. Röhricht** in **Namslau,** wo auch Beitritte zur Partei entgegen genommen werden.

Landwirte des Kreises Namslau.

Aus dem Eingesandt vom 25. d. Mts. betreffend „Kohlennot" ersehen wir, was auf dem Spiele steht.

Wir müssen uns zusammenschließen gegen die Handlungsweise der oberschlesischen Bergarbeiter. Sämtliche Landwirte, welche Interesse an der Sache haben, sind dringend eingeladen zur

Beratungs-Versammlung

am Donnerstag, den 30. Januar nachm. 4 Uhr
in Grimm's Hotel.

Viele Landwirte des Kreises.

Brennholzverkauf im Stadtforst Namslau.

Montag, den 3. Februar, nachm. 2 Uhr kommen im Schlage Jag. 12 — an der Chaussee — nachstehende Hölzer zum Ausgebot:

58 rm **Kiefern-Scheit,**
20 „ „ **Knüppel,**
250 „ „ **Stock,**
Abraumreisig in Losen.

Die Forst-Deputation.

Männer-Gesang-Verein.

Sonnabend, den 1. Februar

General-Versammlung

im Hotel zur goldenen Krone.
Anfang 9 Uhr.

Der Vorstand.

Auf Wunsch beginne ich einen

Unterrichtskursus in Stenographie

(Stolze-Schrey).

Teilnehmer wollen sich bei mir in der kath. Schule bald melden.

Lehrer **Ludwig.**

Ich habe mich in **Kreuzburg O.-S.,** Milchstr. 61 als Facharzt für

Chirurgie
und operative Frauenheilkunde

niedergelassen.

Dr. Peuckert,
Leitender Arzt
am Diakonissen-Krankenhaus Bethanien.
Sprechstunde vorläufig im Krankenhaus.

Verkauf von Heeresgütern!

Vom 1. bis 15. Februar 1919 findet auf dem

Sammellager in Freiburg i. Schles.

der Verkauf von

landw. Maschinen u. Geräten

statt. Abgabe erfolgt zu festgesetzten Preisen nur an Verbraucher.

Besichtigung jederzeit gestattet. Auskunft erteilt der **Lagerhalter in Freiburg i. Schl.** Sämtliche Maschinen und Geräte sind vor Abnahme in bar an den Lagerhalter zu bezahlen.

Landwirtsch. Betriebsstelle für Kriegswirtschaft.

Arbeiterschlafdecken
Arbeiterstrohsäcke
und -Kissen
Pferdedecken

zu billigen Preisen

Albert Bielschowsky,

Namslau.
Ring 7. Tel. 240.

Meiner geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß ich aus dem Felde zurückgekehrt, mein

Klempnerei- u. Installationsgeschäft

in vollem Umfange wieder weiterführe und bitte um gefällige Unterstützung.

Dasselbe befindet sich jetzt Schützenstraße, im Hause des Herrn Mehlhändler Grahn.

Hochachtungsvoll

Otto Winkler,
Klempnermeister.

Habe

Cement

wieder am Lager.

S. Bielschowsky,

Kohlengeschäft.

Junger Herr (23 Jahre) Ver. Uhrmacher sucht Dame od. junge Witwe z. Bekanntschaft und Heirat. Offerten mit Bild erbeten unter **K. R.** an die Exp. d. Ztg. Strengste Diskretion.

Versteigerung.

Sonnabend, den 1. Febr., vorm. 10 Uhr werde ich hierselbst im **Pietzonka**'schen **Gasthause**

4 Koffer,
2 Reisekörbe

sowie umzugshalber

eine Badewanne
mit Zubehör

freiwillig öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bartzack,
Gerichtsvollzieher.

Nachhilfe-Unterricht

in allen Fächern.
Arbeitsstunden 3 U.—4 U. p. m.
Beaufsichtigung d. Schularbeiten.

Beutel,
wissenschaftlicher Lehrer.
Sprechstunde:
2—4 Uhr Höh. Knabenschule.

Geld gegen monatl. Rückzahlung verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort
Alter und Geschlecht angeben
Auskunft umsonst.
Institut Englbrecht
München 8 11, Kapuzinerstr. 9.

Ein gut erh. Schlitten steht zum Verkauf. Wo, zu erfragen in der Exp. d. Ztg.

---

2 tragende Ziegen zu verkaufen. **Troche,** Dt. Vorstadt.

---

1 kleiner Schlitten mit Lehne zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Ein Stoßschlitten und ein Schleppschlitten stehen zum Verkauf bei **Weiß,** Bahnhofstr. 4.

---

2 gute Rattenfänger zu verkaufen bei **Troche,** D. Vorstadt.

Zwei gebrauchte **eiserne Kessel** zu verkaufen.
A. Hauschild, Krakauerstr.

Ein Schmiedelehrling kann sich melden bei **Karl Schön,** Schwirz.

Junger Mann zur Landarbeit und zu Pferden kann sofort antreten.
W. Pätzold, Klosterstr. 33.

Intelligenter Junge aus gutem Hause zu günstigen Bedingungen als

Lehrling

gesucht.

Albert Bielschowsky
Namslau, Ring 7
Tel. 240.

---

2 Arbeitsburschen

sofort gesucht.
Julius Titze
Bäckermeister.

---

1 led. Kutscher sowie Küchenmädchen und Stubenmädchen für bald gesucht, auch 1 Vogt, Knechte, Lohngärtner und Mägde.
Thomas Stannek,
gewerbem Stellenvermittler.
Namslau. Telefon 280.
Peter-Paulstr. 6.

Fräulein

für mein Kontor gesucht.

Oscar Tietze.

Möbl. Zimmer mit oder ohne Pension p. 1. Febr. gesucht. Gefl. Zuschriften erbitte an
Ad. Schönknecht.
Ring 12.

Sofort

gutmöbl. Zimmer gesucht.
Theologe **Lorentzen,**
Pferdelazarett.

Für 1. 4. 19 oder 1. 7. 19

4-5 Zimmer-Wohnung

und viel Nebenraum für dauernd zu mieten oder

kleines Wohnhaus

außerhalb der Stadt zu kaufen gesucht. Frau Postdir. Dühring.

Möbl. Zimmer

ev. mit Pension für sofort von jungem Herrn gesucht. Anfr. erbeten an **A. Schönknecht** Eisenhandlung.

Schuppen

mit breiter Einfahrt zu mieten gesucht. **H. Markusel,** Namslau.